

Hr. Franz VRANITZKY (Bundeskanzler, Österreich): Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, erst voriges Jahr haben wir Gelegenheit gehabt, uns daran zu erinnern, daß hier, in dieser großartigen Stadt, deren Gastfreundschaft wir derzeit ebenso dankbar genießen, wie die des Herrn Präsidenten Francois Mitterrand, vor mehr als zweihundert Jahren die großen Ideale der "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" artikuliert wurden, daß sie von hier aus mit ihrer praktischen Prägekraft Europa und auch die Welt jenseits Europas tiefgehend und dauernd geformt haben. Ich erwähne das deshalb, weil diese Ideale und das Menschenbild, das ihnen entspricht, auch die KSZE durchdringen und wie ein Leitmotiv die Erklärung durchziehen, die wir bei dieser Konferenz mit unserer Unterschrift bekräftigen wollen.

Etwas mehr als 15 Jahre sind vergangen, seitdem die Schlußakte von Helsinki bei einem ersten KSZE-Gipfeltreffen unterzeichnet wurde. Bei diesem Anlaß hat ein anderer österreichischer Regierungschef, Bruno Kreisky, festgehalten, daß die große Bedeutung der KSZE darin liege, die Auseinandersetzung zwischen den beiden großen gesellschaftlichen Systemen auf unserem Kontinent in friedliche Bahnen zu lenken. Er hat aber auch festgehalten - und er war damals der einzige, der dafür so klare Worte gefunden hat -, daß damit die ideologische Auseinandersetzung keineswegs beendet sei und daß sich letzten Endes das Prinzip der Demokratie als das menschengerechtere in dieser Auseinandersetzung durchsetzen würde. Die Geschichte hat ihm recht gegeben.

Der KSZE-Prozeß, der so vor fünfzehn Jahren in Helsinki begann, sollte die zur Eskalation neigende Eigendynamik der Ost-West-Konfrontation der politischen Kontrolle unterwerfen. Dies vor allem dadurch, daß man die Kontaktflächen verbreiterte und das in den Vordergrund stellte, was allen Europäern in diesem Konflikt und trotz diesem Konflikt gemeinsam war.

Nun ist der große Antagonismus, die große Konfrontation zu Ende gegangen. Er erhebt sich damit die Frage, welche die zukünftigen Aufgaben eines Prozesses sein können, der mit dem ausdrücklichen Ziel geschaffen wurde, Konfrontation zu bewältigen. Die Antwort ist einfach. Mit dem Schwinden der Konfrontation ist noch keineswegs eine neue und dauerhafte Ordnung geschaffen. Der notwendige und unaufhaltsame Wandel bringt zwangsweise auch Unsicherheit.

Hr. Vranitzky

Ihr zu begegnen, verlangt nach verstärkter Zusammenarbeit, und Zusammenarbeit auf einer sehr breiten Ebene. Es ist ja nicht so, daß der Kontinent jetzt, nach dem Wegfall dieses Antagonismus, gleichsam automatisch und organisch in eine neue und harmonische Einheit eintritt.

Zwischen den früheren Gegnern herrscht heute Gesprächsbereitschaft, das Bewußtsein gemeinsamer Interessen und auch die Erkenntnis gemeinsamer Verantwortung. Mit dem Rückgang der Bedeutung von Militärbündnissen und Paktsystemen ist unser Blickfeld frei geworden für die Fragen, die den Kontinent in seiner Gesamtheit berühren. Wir haben Handlungsspielraum gewonnen, um uns der Wahrung gesamteuropäischer Interessen zuzuwenden.

Es war einer der großen Erfolge des KSZE-Prozesses, daß er von einem sehr umfassend, sehr breit definierten Begriff der Sicherheit ausgegangen ist, in den die Stärkung der militärischen Sicherheit, die Achtung der Menschenrechte und die Entwicklung allseitiger Zusammenarbeit als ein in sich ausgewogenes Ganzes eingeflossen sind - Sicherheit also als das zusammenfassende Endprodukt von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Nun besteht für mich kein Zweifel, daß die militärische Sicherheit in Europa in den letzten Jahren deutlich erhöht wurde. Aber es wäre naiv und politisch kurzsichtig, darüber die anderen, die neuen Probleme zu übersehen, die sehr wohl das Potential einer Gefährdung der Sicherheit in sich bergen, sollten wir es versäumen, hier effektive und rasche Gegenmaßnahmen zu ergreifen. An vorderster Stelle stehen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die beträchtlichen Unterschiede im Wohlstand, die vielen ungelösten sozialen Probleme, die zunehmenden Belastungen der Umwelt und das Wiedererwachen der nationalen Emotionen mit allen daraus entstehenden Spannungen.

Die unselige Teilung Europas hatte tiefgreifende und sicher auch langwirkende Folgen. Das zeigt sich auch im Bereich der Wirtschaft. Daß das kommunistische Wirtschaftssystem, das System der zentralen Planung, nicht besonders effizient war, daß es zu einem wachsenden technologischen Abstand und zu schrumpfendem Wohlstand geführt hat, war seit langem bekannt. Daß man das überall erkannt und sich zuletzt auch bei der KSZE-Konferenz in Bonn zu marktwirtschaftlichen Prinzipien bekannt hat, ist überaus lobenswert, aber

doch nicht viel mehr als die seit langem notwendige Anpassung an die Realität. Mit diesem Bekenntnis zur Marktwirtschaft allein aber werden wir nicht - gleichsam wie durch eine magische Zauberformel - die konkreten Schwierigkeiten lösen können, mit denen sich die ehemals kommunistischen Staaten nun konfrontiert sehen. Diese Schwierigkeiten können nicht ohne Kooperation mit den wohlhabenden Staaten überwunden werden.

Gewiß bemerkt man zu recht, daß jede solche Hilfe dann sinnlos wäre, wenn in den betreffenden Staaten selbst die notwendigen Reformen nicht energisch und zielstrebig fortgeführt werden. Aber es wäre in höchstem Maße fahrlässig, den Eindruck zu erwecken, daß diese Reformen einfach und rasch wirksam sein werden und daß es dazu bloß der Änderung einiger Gesetze und Rahmenbedingungen bedürfe.

Der Umfang der Hilfe von außen wird aber noch wesentlich größer sein müssen als alles, was wir dazu bisher ins Auge gefaßt haben. Es wird daneben geschenksweise Zuwendungen, also grants geben müssen, wie sie ja in der Nachkriegszeit auch die westeuropäischen Staaten, unter ihnen z.B. mein eigenes Land Österreich, erhalten haben. Und schließlich wird eine für alle akzeptable Lösung der Schuldenbelastung gefunden werden müssen.

Es ist auch unrealistisch anzunehmen, daß es den Staaten Ost- und Zentraleuropas möglich sein wird, aus eigenem und ohne massive Hilfe jene Verheerungen der Umwelt zu heilen, die von menschenverachtenden - und damit auch umweltverachtenden Regierungen früher in Kauf genommen wurden.

Viele Staaten des Westens sind mit etlichen Staaten des Ostens schon bilaterale Hilfs- und Kooperationsverhältnisse eingegangen. Eine wirksame, international organisierte und koordinierte Wirtschafts- und Finanzkooperation sollte nun noch an die Seite der bilateralen Beziehungen treten.

Und wir sollten keine Zeit verlieren, diese Kooperation politisch und organisatorisch in die Wege zu leiten. Dies erfordert automatisch konkrete wirtschaftliche Beiträge unserer wohlhabenden Industriegesellschaften.

Hr. Vranitzky

Und es sind unsere Bevölkerungen für die Überzeugung zu gewinnen, daß wirtschaftliche Destabilisierung in unseren osteuropäischen Nachbarländern politische Destabilisierung nach sich zieht und daß es diese zu vermeiden gilt - im Interesse einer gesamteuropäischen Stabilität, d.h. im Interesse der Stabilität auch in jedem unserer Länder.

Neben den wirtschaftlichen Problemen und ihren sozialen und politischen Auswirkungen lastet eine weitere Drohung auf der Zukunft des Kontinents. Es ist die Drohung von wachsenden Konflikten zwischen ethnischen Minderheiten und Nationalitäten. Konflikte zwischen den Staaten selbst treten heute in den Hintergrund. Damit sind aber die bösen Geister der Intoleranz, der gegenseitigen Furcht, der gegenseitigen Mißachtung und auch leider des gegenseitigen Hasses noch nicht gebannt. Sie entstehen heute aus anderen als den nationalstaatlichen Bruchlinien.

Es gibt gegen sie letztlich kein anderes wirksames Mittel als das ständige Bekenntnis zu einer Vielfalt, zu einer Vielfalt, die als konstruktiv, bereichernd und schöpferisch erfahren wird. Zusammenarbeit und Integration müssen mit Toleranz und sogar der Förderung der Vielfalt vereint werden. Ich glaube, daß das in Westeuropa zumindest einigermaßen gut geglückt ist. Es wird daher unser Ziel sein müssen, auch die neuen demokratischen Staaten Zentral- und Osteuropas allmählich in das Netz der Zusammenarbeit einzubinden, das schon seit längerem zwischen den westeuropäischen Staaten besteht.

Es gibt nun viele Institutionen, die dazu berufen sind, in diesem Prozeß der Unterstützung Zentral- und Osteuropas einen Beitrag zu leisten. Diese Konkurrenz der verschiedenen Institutionen ist auch an sich gut und nützlich. Es ist insbesondere erfreulich, daß sich die Europäische Gemeinschaft entschlossen hat, hier eine führende und koordinierende Rolle zu spielen. Wir wollen an ihren Programmen ebenso wie an den Projekten der OECD, der ECE oder der EFTA so voll wie möglich mitwirken. Und wir freuen uns auch über den neuen Stellenwert des Europarats als Symbol und Hort für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Aber neben und über diesen verschiedenen Institutionen muß es sicher eine Organisation geben, in der all diese Fragen und Tätigkeiten in einem größeren Zusammenhang betrachtet und behandelt werden können. Und dafür wird sich die KSZE auch in der Zukunft anbieten und vielleicht sogar unverzichtbar sein.

Ich hielte es für gefährlich, sich mit den von mir erwähnten Problemen erst auseinanderzusetzen, nachdem man sämtliche militärischen Aspekte der Sicherheitspolitik gelöst und dementsprechende vertrauensbildende Maßnahmen beschlossen hat. Das neue Konfliktvermeidungszentrum sollte daher sehr rasch auf diesen Gebieten operativ werden.

Das gestern unterzeichnete Abkommen über Abrüstung hat eine Voraussetzung dafür geschaffen, auf diesem unserem Kontinent und für alle wirksam eine neue Friedensordnung zu errichten. Die Prinzipien des Helsinki-Prozesses haben ihre Nützlichkeit für diese Aufbauarbeit nicht verloren. Es wird weiterhin darum gehen, Elemente der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, der kollektiven und individuellen Menschenrechte und Elemente der inneren und äußeren Sicherheit in einem elastischen und dauerhaften Gewebe zu verknüpfen. Es wird weiterhin um eine moderne Interpretation der Ideale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehen. Wir müssen uns jetzt, in diesem Augenblick jedenfalls bewußt sein, daß wir uns mit der Überwindung der Teilung Europas die gute Zukunft noch keineswegs zur Gänze gesichert haben.

Wir müssen uns auch bewußt sein, daß der größere Teil dieser Aufgabe von den europäischen Staaten selbst zu tragen sein wird. Aber wir sollen und müssen uns dabei auch bewußt sein, daß - wie uns die Geschichte dieses Jahrhunderts ja anschaulich dargestellt hat -, nichts schädlicher wäre als die Illusion, aus der europäischen Realität Nordamerika oder die Sowjetunion ausschließen zu wollen oder ausschließen zu können. Sie sind in diesen Kontinent schicksalhaft verwoben. Das zu übersehen wäre ihnen selbst, aber das wäre insbesondere auch Europa schädlich. Es ist der Vorteil dieses Prozesses, der in Helsinki begonnen hat und sich über unsere heutige Konferenz in die Zukunft fortsetzen wird, diesen Realitäten Rechnung zu tragen.

Ich bedanke mich, Herr Vorsitzender.

